Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 3

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der Antikommunismus treibt in der Schweiz merkwürdige Blüten: Erstellte da vor einiger Zeit ein Filmproduzent — er heißt Josef Kälin — einen Wilhelm-Tell-Riesenfilm. Dieser farbige Wunderkitsch war ebenso lang und teuer wie schlecht. Die Kritiken in der Schweiz waren dementsprechend. Nur in Moskau wurde dieser feine Streifen ausgezeichnet. Kälin hätte nun diesen Film in den Ostblock verkaufen können, der bereit war, ihm dafür 500 000 Franken zu bezahlen. Dieses Geld hatte er dringend nötig, da ihm der Konkurs droht. Plötzlich aber erinnerte er sich daran, daß es gegenwärtig in der Schweiz Mode ist, wild über den Osthandel zu schimpfen. Er entschloß sich, auf den Verkauf nach dem Osten zu verzichten. Das wäre ja sehr edel gewesen. Josef Kälin aber wollte bei diesem Verzicht nicht auf das Geld verzichten, so wenig wie die Banken, die auf ihr ausgeliehenes Geld hoffen. So wandte sich Kälin denn an «patriotische Kreise» in der Schweiz, die sofort mit Feuer und Flamme für diese Rettungsaktion waren: Man gründete ein Komitee «Pro Wilhelm Tell» und hofft nun auf die Spenden des Publikums. Wenn dieses Beispiel Schule machen sollte, dann wäre es bald sehr rentabel, Ostgeschäfte zu tätigen: Man muß dann nur auf sie verzichten und Sammlungen veranstalten lassen — ohne Arbeit kommt man dann zum gleichen Gewinn und wird erst noch Nationalheld. Wenn es nicht zum Weinen wäre, dann könnte man lachen. Erfreulicherweise haben sich die meisten Zeitungen gegen diesen Reklamerummel ausgesprochen!

Von Ende Februar 1961 bis Ende Februar 1962 nahm die Teuerung in der Schweiz um 4,1 Prozent zu. Diese Zahl ist ein unbestreitbarer Rekord. Die seit einem Jahr so freigebig erteilten Appelle zum Maßhalten — die sich vor allem an die Arbeitnehmer richteten — scheinen bis jetzt noch nicht gewirkt zu haben. Ob die Lockerung der Mietzinskontrolle, die der Bundesrat im Februar erließ und die 13 Prozent aller Wohnungen jeglicher Kontrolle entzieht, 29 Prozent der Mietzinsüberwachung unterstellt und nur noch 58 Prozent der Wohnungen unter der Mietzinskontrolle beläßt, die Teuerung aufhält, ist sehr zu bezweifeln.

Anfangs März begann in Bern die Frühjahrssession der eidgenössischen Räte. Der Nationalrat hat vor allem das Arbeitsgesetz zu behandeln, dem sehr starke Opposition erwächst. Außerdem hat er das Jagd- und Vogelschutzgesetz und die Wahlgrundlage für den Nationalrat zu beraten. Man hat sich entschlossen, die Zahl der Nationalräte auf 200 zu begrenzen. Fraglich ist, ob man die Wohn- oder die Schweizerbevölkerung als Grundlage benutzen soll.

Der Ständerat hat das Zivilschutzgesetz zu behandeln und die Revision des KUVG, gegen die die Ärzte jetzt schon Sturm laufen. Sie sind der Ansicht, daß wir, wenn die Kantonsregierungen im Falle eines vertragslosen Zustandes zwischen Ärzten und Krankenkassen die Tarife festlegten, in einen Wohlfahrtsstaat marxistischer Prägung hineinrutschen würden ... Auch das Film- und das Kartellgesetz werden noch zu Diskussionen im Ständerat Anlaß geben.

Eitel Freude herrschte in der Schweiz, als man feststellen konnte, daß die in Südafrika gekauften Panzer noch nicht verrostet waren, wie böswillige Kritiker ursprünglich behauptet hatten. Ganz im Gegenteil, die Panzer waren noch in einem außergewöhnlich guten Zustand und werden bald — frisch gestrichen und geschmiert — zusammen mit unsern Panzertruppen Übungsfelder suchen. Die Freude über den guten und wohlfeilen Kauf hat uns Schweizer wieder einmal darüber hinweggetröstet, daß wir die Panzer eigentlich nicht gerade von einem Musterstaat kauften. Nun — schon die alten Römer stellten fest, daß Geld nicht stinkt. Wieviel weniger tun es dann südafrikanische Panzer ...

Außenpolitik

Am 20. Februar erlebten die Amerikaner ihren großen Tag. Nachdem der Start des ersten amerikanischen Weltraumfahrers John Glenn elfmal verschoben worden war, startete und landete er nach dreimaliger Erdumkreisung planmäßig und gesund im Atlantik. Daß nun auch Amerika die Erdumkreisung gelungen ist, hat das etwas ramponierte Selbstbewußtsein der Amerikaner erheblich gestärkt. Ein anderer Schritt Amerikas rief allerdings nicht überall Beifall hervor: Präsident Kennedy erklärte anfangs März in einer Radio- und Fernsehrede, die USA sähen sich zusammen mit Großbritannien gezwungen, die Atombombenversuche in der Atmosphäre wieder aufzunehmen. Die russischen Versuche hätten gezeigt, daß die Sowjetunion die USA noch nicht eingeholt habe, aber beachtliche Fortschritte erzielt hätte. Nur dann verzichte Amerika auf die Versuche auf den Weihnachtsinseln — welch sinniger Name —, wenn sich mit den Russen ein Moratorium erzielen lasse, das allerdings kontrollierbar sein müsse. Chruschtschew seinerseits beteuerte seinen Friedenswillen, erklärte aber, auch Rußland sähe sich zu neuen Versuchen gezwungen, wenn die Amerikaner mit den ihrigen begännen.

Chruschtschew lenkte aber in einem andern Punkt ein: Hatte er noch vor einiger Zeit gefordert, die Mitte März in Genf beginnende Abrüstungskonferenz der 18 Staaten sollte mit einer Gipfelkonferenz der vier Großmächte beginnen, so erklärte er sich nun bereit, den westlichen Vorschlag zu akzeptieren und vorgängig der Konferenz die vier Außenminister zusammenkom-

men zu lassen. Frankreich allerdings tanzt wieder einmal aus der Reihe — de Gaulle will an dieser Abrüstungskonferenz nicht mitmachen. Der eigensinnige ältere Herr, der souverän über die Niederungen der gewöhnlichen Politik hinweg unentwegt von der Größe Frankreichs träumt, hält es nicht für notwendig, an dieser Konferenz teilzunehmen. Dabei gestattet die Lage Frankreichs solche Sonderzüglein nicht im geringsten. Seit 23 Jahren führt Frankreich ununterbrochen Krieg, wenn man die 102 friedvollen Tage nicht rechnet, die zwischen dem Ende des Indochinakrieges und dem Beginn des Algerienkrieges verstrichen! (22. Juli bis 1. November 1954) Anfangs März trafen sich in Evian die Unterhändler für einen Frieden in Algerien. Selbst wenn dieser Friedensschluß zustande kommen wird, ist damit der Friede in Algerien noch lange nicht gewährleistet: Die OAS wütet dort mit einem noch nie erreichten Terror. Wie stark die Regierung in Algerien ist, zeigt das folgende Beispiel deutlich: Die OAS wies elf italienische Journalisten aus Algerien aus, da sie nicht genügend «objektiv» über die Lage berichtet hätten. Die französische Regierung war nicht in der Lage, die Journalisten vor dem Terror der OAS zu schützen. Was aber de Gaulle keineswegs hindert, nur sich allein als den einzig vernünftigen Staatsmann zu betrachten . . .

Der «Grippekanzler» Adenauer hat es nicht allzu leicht. Der deutsche Botschafter Kroll in Moskau ist wieder einmal Mittelpunkt eines «Skandals». Kroll sei, so wußten Zeitungen des Springer-Konzerns zu berichten, ein Kapitulant und Defätist, der Deutschland preisgeben, indem er die Oder-Neiße-Grenze anerkennen wolle, beide deutsche Staaten in die UNO aufnehmen und erst noch der DDR einen großen Kredit verschaffen wolle. Ein solcher Botschafter sei für Westdeutschland — untragbar. Kroll wurde nach Bonn zurückgepfiffen, die Unterredungen werden absolut geheimgehalten. Es sikkerte aber doch durch, daß Kroll diese Meinungen anläßlich einer Diskussion unter deutschen Botschaftern geäußert hatte, wo man selbstverständlich die Dinge beim Namen nennen sollte. Daß man dies in Deutschland nicht darf, hat sich in letzter Zeit immer klarer herausgestellt. Bonn kennt nur eine Devise: Jeden Vorschlag ablehnen. Es sei denn, es gehe um die Verstärkung der westdeutschen Bundeswehr oder deren Bewaffnung mit Atombomben. Immer mehr kommt man überdies zur Einsicht, daß Adenauer nicht mehr fähig ist, die Regierungsgeschäfte wirklich zu führen. Die «Affäre Kroll» ist vielleicht nicht zuletzt deshalb geplatzt, um Adenauer zu treffen, der bisher immer noch an Kroll festgehalten hat. Kroll wird vorerst einmal einen Erholungsurlaub nehmen.

Eine Tatsache verdient noch erwähnt zu werden: 1961 hat die gesamte Erdbevölkerung um 1,6 Prozent zugenommen, die gesamte Produktion an Nahrungsmitteln aber nur um einen Prozent. Unbeirrt um die ideologischen Gegensätze macht also einer jährlich Fortschritte: der Hunger!